

abo+ VERSORGUNGSSICHERHEIT

## Für Tausende Kinder fehlen Kinderärzte – Solothurner Arztpraxen schlagen Alarm: «Wir sind am obersten Limit»

Es gibt zu wenig Kinderärzte im Kanton Solothurn, zudem stehen gleich mehrere Pensionierungen unmittelbar bevor. Tausende Kinder verlieren dadurch ihren Kinderarzt, eine Nachfolge ist nirgends in Sicht. Eine Gruppenpraxis in Solothurn fordert Massnahmen – und die Politik will intervenieren.

Raphael Karpf

06.04.2024, 05.00 Uhr

abo+ **Exklusiv für Abonnenten**



Eine Kinderärztin untersucht einen Knaben. Insbesondere Routinekontrollen können im Kanton nicht mehr bei allen Kindern gemacht werden.

Bild: Reto Martin

«Wir müssen endlich aufwachen. Seit zehn Jahren warnen wir davor, dass eine Pensionierungswelle bei Hausärztinnen und Hausärzten sowie Kinderärztinnen und Kinderärzten bevorsteht. Jetzt ist es so weit. Und es ist nichts passiert.»

Oliver Adam ist besorgt. Seit 20 Jahren arbeitet der Kinderarzt in der Gruppenpraxis für Kinder und Jugendliche am Bürgerspital Solothurn. Der Druck und die Arbeitsbelastung sind schon lange hoch. Laut einem

Bericht des schweizerischen Gesundheitsobservatoriums Obsan hatte der Kanton Solothurn bei der Kinder- und Jugendmedizin 2019 einen Versorgungsgrad von 80 Prozent. Anders gesagt: Der Kanton braucht seit Jahren mehr Kinderärztinnen und Kinderärzte.



Oliver Adam, Kinderarzt in der Gruppenpraxis für Kinder und Jugendliche beim Bürgerspital Solothurn.

Bild: zvg

Und nun spitzt sich die Situation weiter zu. Ende 2023 gab ein Kinderarzt in Solothurn seine Praxis altershalber auf. Zwei weitere Abgänge stehen Ende April bevor: Einer in der Gruppenpraxis in Solothurn, einer in Balsthal. Insgesamt fehlen innert kurzer Zeit über 200 Stellenprozent – und eine Nachfolge ist nirgends in Sicht. Über 4000 Kinder verlieren dadurch ihren Kinderarzt oder ihre Kinderärztin. «Die übrigen Praxen sind nicht in der Lage, diese Kinder aufzunehmen», sagt Adam. «Sie sind bereits jetzt aus- oder überlastet.»

### **Belastung im Notfalldienst steigt**

Der Notfalldienst – den alle Kinderärztinnen und Kinderärzte im Kanton unter sich aufteilen – sei sichergestellt, betont Adam. Wenn

auch auf Kosten einer noch höheren Belastung für die Verbliebenen. Anders sieht es bei der Grundversorgung aus: Routineuntersuchungen, insbesondere Impfungen. Wie es für die betroffenen Kinder und Eltern weiter geht, ist offen.

Die Entwicklung spürt die Gruppenpraxis direkt. Die Anzahl Notfallbehandlungen von Kindern, die keinen Arzt oder keine Ärztin in der Gruppenpraxis haben, habe sich innert eines Jahres verdoppelt, sagt Adam. «Das sind all die, die keinen Kinderarzt oder keine Kinderärztin mehr haben.» An einem Montag kann es vorkommen, dass gegen 100 Kinder wegen eines Notfalls in die Gruppenpraxis kommen. Drei Ärztinnen und Ärzte kümmern sich ausschliesslich um diese Fälle. «Solche Tage sind extrem anstrengend», sagt Adam.

Noch kann die Praxis die Belastung stemmen. Wer Teilzeit arbeitet, stockt auf. Und eine ehemalige Mitinhaberin der Praxis hilft regelmässig aus. Sie ist bereits pensioniert. «Wir sind am obersten Limit», sagt Adam.

### **Gruppenpraxis plant Pilotprojekt**

Was müsste sich ändern? «Das Problem ist komplex», sagt selbst Adam. Einen Ansatz sieht er beim Abbau bürokratischer Hürden, welche «massivst zugenommen haben». Nur ein Beispiel: Als die Gruppenpraxis aus organisatorischen Gründen in eine AG umgewandelt wurde, musste er, der damals seit bald 20 Jahren als selbstständiger Kinderarzt praktizierte, beim Kanton erneut eine Bewilligung beantragen – selbst sein Maturitätszeugnis musste er einschicken.

Auch in die Ausbildung müsste investiert werden. Adam fordert eine Aufstockung der Ausbildungsplätze für das Medizinstudium. Und ganz grundsätzlich müsse die Grundversorgung im Vergleich zu den Spezialisierungen attraktiver gemacht werden.

Die Gruppenpraxis will zudem selbst aktiv werden. Sie plant einen Pilotversuch. Pflegefachkräfte sowie medizinische Praxisassistentinnen mit bestimmten Weiterbildungen sollen die Kinderärztinnen und Kinderärzte entlasten. Indem sie ihnen insbesondere Routinefälle

abnehmen: Einfache Notfälle und Teile der schulärztlichen Vorsorgeuntersuchung.

### **Gemeinden sehen sich nicht zuständig**

Das Problem: Es gibt keinen Tarif für diese sogenannten «Nurse Practitioners». Ob die Krankenkasse für die Behandlungskosten aufkommt, ist nicht gesichert. Die Gruppenpraxis könne sich zwar vorstellen, so einen Pilotversuch aufzugleisen – von dem bei einem Erfolg sämtliche Kinderarztpraxen profitieren könnten. «Wir können es uns aber nicht leisten, die damit verbundenen Personalkosten zu stemmen», so Adam.

Und so wandte er sich an die Politik. Er schrieb der Solothurner Stadtpräsidentin Stefanie Ingold sowie dem kantonalen Gesundheitsamt einen Brief mit der Bitte, zu prüfen, ob sich die Gemeinden oder der Kanton an den Kosten des Projekts beteiligen würden.

Unterstützung erhielt er dabei vom Verband MFE Haus- und Kinderärzte Kanton Solothurn. Man begrüsse, dass die Gruppenpraxis eine konkrete Lösung für die schwierige Situation zu finden versuche, schreiben die beiden Co-Präsidentinnen Simone Eugster und Giuseppina Schmid. Es brauche nun aber zusätzliche Massnahmen zur Förderung der medizinischen Grundversorgung. «Hier steht der Kanton in der Verpflichtung. Es ist an der Zeit, den vielen Worten endlich konkrete Taten folgen zu lassen!»

### **Und was tut der Kanton?**

Von den Gemeinden erhielt Adam eine Absage. Für die medizinische Grundversorgung seien Bund und Kantone zuständig. Eine direkte Beteiligung an einem solchen Pilotprojekt sei darum nicht möglich. Der Verband der Solothurner Einwohnergemeinden hat allerdings bereits Bereitschaft signalisiert, den Kanton bei der Erarbeitung einer Strategie, um die Probleme anzupacken, zu unterstützen.

Und der Kanton? Man begrüsse, dass konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Situation eingebracht wurden, schreibt Peter Eberhard, Chef des Gesundheitsamts. Man sei bereit, die Möglichkeiten

eines Pilotprojekts zu prüfen. «Aus unserer Sicht ist es zentral, dass auch die Stadt Solothurn und allenfalls die umliegenden Gemeinden oder der Verband Solothurner Einwohnergemeinden von Beginn weg dabei sind.»



Peter Eberhard, Chef des Gesundheitsamts.

Bild: zvg

### **Die Politik fordert eine Strategie**



Den Notstand in der medizinischen Grundversorgung will mittlerweile auch die Politik angehen. In der Märzsession des Kantonsrats hat Fabian Gloor (Mitte, Oensingen) einen Vorstoss eingereicht, mitunterzeichnet von Vertretern fast aller Parteien. Gloor fordert vom Kanton, zusammen mit den Gemeinden und allen Leistungserbringern eine Strategie «zur besseren Abdeckung in der medizinischen ambulanten Grundversorgung (insbesondere durch Hausärzte und Hausärztinnen und Kinderärzte und Kinderärztinnen) zu entwickeln und umzusetzen». Es würden sich die Anzeichen einer «deutlichen Unterversorgung» verdichten, begründet Gloor. Was er sich als Lösung vorstellen kann: Mehr Ausbildungsplätze an den Universitäten (hier wäre der Bund in der Verantwortung), zudem eine aktivere Förderung von neuen Gruppenpraxen. Das hätte der Kanton in der eigenen Hand. (rka)

---